

Demokratie braucht politische Bildung

Unsere Demokratie wird momentan in einer Weise herausgefordert, die eine lange Zeit kaum vorstellbar schien: Durch demokratiefeindliche Umtriebe im eigenen Land, durch autoritäre Bestrebungen europäischer Regierungen und durch repressive autokratische Herrschaftssysteme in Europas Nachbarschaft, die grundlegende Prinzipien, wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Pressefreiheit infrage stellen.

Die aufgeheizte Debatte über die „Flüchtlingskrise“ hat eine Polarisierung und Spaltung unserer Gesellschaft deutlich werden lassen. Alles Fremde, Heterogene erscheint feindlich und soll ausgegrenzt werden. Populisten versprechen einfache Lösungen für komplexe Probleme und vergiften die politische Debatte mit Ressentiments, Halbwahrheiten und Lügen. Der politische Diskurs droht zu entgleisen. Zunehmend prägen Emotionen, Wut und Hass die Debatten.

Stehen wir vor einem Epochenbruch, einer Zeit globaler Instabilität?

Wie die Bundesregierung feststellt, sind „Skepsis gegenüber demokratischen Prozessen und Institutionen bis hin zu offener Feindseligkeit und Ablehnung einer freiheitlichen, friedlichen Gesellschaftsordnung keine bloßen Randerscheinungen. Radikalisierungstendenzen sind bis in die Mitte der Gesellschaft sichtbar und fordern alle gesellschaftlichen und politischen Akteure heraus.“

Aus diesem Grund muss Demokratieförderung alle gesellschaftlichen Bereiche in den Blick nehmen. Sie muss dabei die Ängste und Bedürfnisse aller Bevölkerungsteile berücksichtigen.

Demokratie muss in einem Prozess fortwährender Auseinandersetzung und Reflexion nicht nur verteidigt, sondern ständig neu begründet werden, wir müssen uns ihrer Werte ständig neu vergewissern, ihren Sinn und Gehalt immer wieder neu erschließen.

Hierzu leistet die politische Bildung einen wesentlichen Beitrag.

Politische Bildung trägt entscheidend dazu bei, die Probleme einer pluralen Gesellschaft und die Widersprüche eines komplexen politischen Systems zu verstehen. Sie bietet Raum und Gelegenheiten für einen sachorientierten demokratischen Diskurs und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dabei bezieht sie kontroverse Positionen ein und ermöglicht eine selbständige Urteilsbildung ohne Indoktrination. Unsere Teilnehmenden analysieren gesellschaftliche und politische Herausforderungen vor dem Hintergrund eigener Interessenlagen und beteiligen sich aktiv am politischen Geschehen.

Die politische Bildung steht als integrative Kraft für Pluralität und Meinungsvielfalt in einer offenen und lebendigen Zivilgesellschaft.

Aus diesen Gründen muss die politische Weiterbildung gestärkt werden, durch

- eine ausdrückliche politische Anerkennung und Unterstützung
- praxisnahe rechtliche Rahmenbedingungen und Richtlinien
- ausreichende Ressourcen für die Entwicklung und Bereithaltung geeigneter Formate und Angebote



Die Träger der politischen Bildung im Verein Weiterbildung Hamburg e.V.

Julius Leber Forum Hamburg



Gesellschaft für Politik und
 Wirtschaft e.V.

